

1.-Mai-Referat von Sibel Arslan. SP-Nationalrätin

Liebe Freunde, liebe Mitstreidende, sevgili dostlar.

Ich freue mich, heute am 1. Mai zu euch sprechen zu dürfen.

Der diesjährige Aufruf der Gewerkschaften lautet: wir wollen nicht nur abwehren. Wir wollen und können die Schweiz auch gestalten. Sozialer. Gerechter.

Unsere demokratischen Werte, welche uns ein friedliches Zusammenleben in Freiheit ermöglichen, müssen wir mit all unserer Überzeugungskraft in diesen schwierigen rechtspopulistischen Zeiten verteidigen □ hier in der Schweiz, in Europa, in den USA und auch in anderen Ländern wie der Türkei. Unsere Stärke ist unsere Überzeugung. Dass wir auf die Strasse gehen und zusammen von der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch machen können, ist nicht selbstverständlich und eine demokratische Errungenschaft, welche wir bewahren und verteidigen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Unsere Bundesverfassung sagt in Artikel 8, dass niemand wegen seiner Herkunft, ihrer Rasse, seinem Geschlecht oder ihrem Alter diskriminiert werden darf.

Obwohl die Bundesverfassung die Diskriminierung klar verbietet, sieht die Realität leider anders aus und Menschen werden auf dem Arbeitsmarkt immer wieder ungleich behandelt und diskriminiert.

Menschen, welche über 50 Jahre alt sind und über viel Erfahrung und Fachwissen verfügen, finden oft aufgrund ihres Alters keine Arbeitsstelle mehr. Sie werden aufgrund ihres Alters bei der Arbeitssuche diskriminiert.

Auch wenn mittlerweile viele Menschen denken, dass wir in der " modernen " Schweiz die Gleichstellung der Geschlechter erreicht haben und die bürgerlichen Parteien regelmässig die Abschaffung der kantonalen wie auch des nationalen Gleichstellungsbüros fordern - die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau haben auch wir noch lange nicht erreicht. Von der Gleichstellung der LGBTI sprechen wir - leider - gar nicht erst.

Obwohl das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sogar im Gleichstellungsgesetz rechtlich verankert ist, gibt es noch nicht genügend wirksame Instrumente, um gegen die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau anzugehen.

Männer verdienen im Schnitt immer noch 20 Prozent mehr! Und wir befinden uns im Jahr 2017!

42 Prozent dieser Differenz kann nicht durch objektive Faktoren wie dem Bildungsniveau, dem Alter, dem Beruf oder der Unternehmenszugehörigkeit erklärt werde. Das akzeptieren wir nicht!

Auf nationaler Ebene wird nun die Revision des Gleichstellungsgesetzes ein Thema werden. Darin wird verlangt, dass die Unternehmen regelmässig ihre Löhne auf Diskriminierung überprüfen müssen.

Falls sie dies nicht tun, passiert nichts. Sanktionen sind nicht vorgesehen. Es bleibt ein freiwilliger Akt. Begründet wird dies damit, dass die Wirtschaft nicht reguliert werden dürfe und die Gleichstellung allein mit Appellen erreicht werden könne. Dass dies nicht funktioniert, haben die vergangenen Jahre gezeigt.

Auch Migrantinnen und Migranten erleben immer wieder Diskrimination bei der Stellensuche □ aufgrund ihres Namens und ihrer Herkunft. Viele junge Menschen, die hier aufgewachsen sind und eine gute Ausbildung abgeschlossen haben, erleben auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierung und Ausgrenzung.

Unsere Forderungen sind daher klar, für die wir uns auch in Bundesbern einsetzen:

- Stelleninserate sollen auf die Altersangabe als Auswahlkriterium verzichten.
- In der Zeit der 4. Industrie, der Digitalisierung also, braucht es für ALLE Mitarbeitende Aus- und Weiterbildungen, besonders aber ist auf die älteren Arbeitnehmenden Rücksicht zu nehmen.
- Es braucht einen Ausbau des Kündigungsschutzes.
- Bewerbungen sollen anonym möglich sein.

- Für Lohngleichheit von Mann und Frau werden wir uns auch die nächsten Jahre einsetzen und unseren Anspruch darauf geltend machen. Dafür sind wir auf die Unterstützung der jungen Generation angewiesen!

Die Probleme sind viele und unsere Vorschläge sind konkret. Für echte Lösungen braucht es der Wille, etwas zu verändern. Die Tendenz auf Bundesebene geht allerdings in die gegenteilige Richtung.

Aus dem rechtsbürgerlichen Lager kommen Forderungen, dass die Arbeitszeiterfassung abgeschafft und die Bestimmungen für Nacht- und Sonntagsarbeit massiv gelockert werden sollen.

Erstauslich, dass Volksvertreterinnen und Volksvertreter solche Vorschläge machen, ohne zu merken, was mit den Arbeitnehmenden passieren wird. Dass die Menschen zu viel arbeiten werden, dass es nicht mehr kontrollierbar ist, ob die Höchstarbeits-, die Ruhe – und Pausenzeiten eingehalten werden oder wie das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit zu kontrollieren ist. Ich glaube, sie haben die Vorstellungen der Generation Y, welche flexible Arbeitszeiten wünscht, weil für sie Arbeit, Familie und Freizeit gleichwertig ist, nicht ganz verstanden. Denn auch die Generation Y wird sich nicht ausbeuten lassen!

Die Schere zw. Arm und Reich öffnet sich auch in der Schweiz immer weiter. Die dreihundert Reichsten versechsfachten, ja ihr habt richtig gehört, versechsfachten in den letzten 30 Jahren ihre steuerbaren Nettovermögen auf über 600 Milliarden Franken!

Auf der anderen Seite wird von den bürgerlichen Politikern darüber nachgedacht, wie sie die Ansätze der Sozialhilfeleistungen kürzen können und die Armen dadurch noch ärmer machen können!

Sparen auf dem Buckel der Schwachen, dies führt zum Reichtum der Reichen! Das hat schon immer funktioniert - und dagegen hat sich die linke Bewegung schon immer gewehrt. Und auch jetzt und in Zukunft ist es wichtig, dass wir für eine soziale Verteilung und für soziale Gerechtigkeit einstehen!

Die Gier der Profiteure wird auch bei uns immer massloser. Unter den Top Ten der international am besten bezahlten Verwaltungsratspräsidenten stehen sieben Spitzen von Schweizer Konzernen.

Die Schweiz hat mit dem bürgerlichen Parlament eine extrem starke wirtschaftsfreundliche Lobby. Wer viel hat, dem soll noch mehr gegeben werden. Von den Schwachen hingegen wird immer mehr Leistung gefordert, bis sie nicht mehr mithalten können und vom System komplett ausgegrenzt werden.

Wer über Reichtum verfügt, hat mehr Macht und kann die eigene Interessen durchsetzen. Die einseitige Verteilung unterläuft so demokratische Prozesse.

In der Präambel der Bundesverfassung steht, dass die Stärke eines Volkes sich am Wohle der Schwachen misst. Diesen Grundsatz dürfen wir bei all den Debatten um Reduzierung der Sozialleistungen nie vergessen!

Ich bin seit 2015 im Nationalrat und in der Rechts- und Aussenpolitischen Kommission.

Die Sitzverteilung in den Kommissionen wird, wie auch in den kantonalen Parlamenten, nach Parteistärke aufgeteilt. In den Sachkommissionen besetzen die rechtspopulistische SVP und die FDP jeweils 13 von 25 Sitzen. Sie können ihre Anliegen bereits in den Kommissionen durchboxen, so dass es in der grossen Kammer, in welcher die SVP, die FDP, die Lega und die anderen Bürgerlichen mit 101 Sitzen die Mehrheit bilden, noch schwieriger ist, unsere Anliegen durchzubringen. Dies kann nicht sein! Dies darf so nicht weitergehen.

In Europa und der Welt gewinnen nationalistische Populisten immer wie mehr an Stärke. Antidemokratische und rassistische Grundhaltungen werden wieder salonfähig. Es macht den Anschein, dass es unserer Gesellschaft zu gut geht und sie die lang erkämpften Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit nicht mehr gebührend zu schätzen weiss.

Das Resultat der Referendumsabstimmung in der Türkei ist nur schwer nachvollziehbar. Gefakte Resultate gehören längst zum Alltag, Pressefreiheit gibt es in vielen Ländern nicht mehr. Extremismus in verschiedenen Schattierungen ist auf dem Vormarsch.

Wir müssen wachsam sein und uns die Worte der Menschen, die heute mutig in der Türkei auf die Strasse gehen und sich für ihre Freiheit einsetzen, zu Herzen nehmen: „Das ist erst der Anfang!“

Wir müssen zusammenhalten und unsere Stärke auf der Strasse und an der Urne zeigen. Wir müssen zusammen für eine gerechtere und soziale Schweiz kämpfen. Für den Erhalt unserer Grundwerte und für die Verbesserung der sozialen Sicherheit! Das ist erst der Anfang - auch bei uns!

Sibel Arslan.

Personen > Arslan Sibel. 1.-Mai-Referat Biel 2017.